

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsändlern und in allen Kleinvertriebsstellen

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostjachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Zeugungspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M., (Halbmonatlich) 1,25 M., durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-QL / Geschäftsstelle u. Expedition: Mittelbühnenstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachstelle: Dresden Nr. 18 694, Dresdener Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-QL, Mittelbühnenstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal geplatzte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-QL, Mittelbühnenstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Sonnabend den 27. Oktober 1928

Nummer 253

Der Panzerkreuzer gegen Sowjetrußland

Der Kampf um die Koalitionsregierung — Der Panzerkreuzer A soll Ostpreußen schützen
Erklärung des Volksparteilers Dr. Scholz — Hilferding soll die Arbeiter mit neuen Steuern belasten

Die Arbeiterbetrüger in der Klemme

Um den Einschränkung-Antrag

Die sozialdemokratische Presse jubelte eben noch in den höchsten Tönen über die „Niederlage“ der Kommunisten beim Volksbegehren gegen den Panzerkreuzerbau. Mit der verlogenen Erklärung, daß die Sozialdemokratische Partei gegen den Bau des Panzerkreuzers selber kämpfen werde, hat man die Arbeiter von der Beteiligung am Volksbegehren abgehalten. Da beginnt in das Jubel- und Hehgeschrei der Sozialdemokraten jetzt eine Disharmonie hineinzuklingen: Mit der für diesen Herbst vorgesehenen Umbildung des Kabinetts der „Köpfe“ und Umbildung der Preußentregierung wird erneut die Frage des Panzerkreuzerbau aufgerollt. Die Sozialdemokraten haben bekanntlich einen Antrag auf Einstellung des Panzerkreuzerbau eingeleitet. Wir haben von Anfang an betont, daß es sich bei diesem Antrag nur um ein Manöver handelt, das die Sozialdemokraten mit eventueller Zustimmung der Bürgerlichen durchführen wollten, um in der Regierung verblichen zu können, gleichzeitig aber nach außen zu betonen, daß sie am Bau des Panzerkreuzers unschuldig und gegen denselben seien. Bisher scheinen aber die bürgerlichen Koalitionsparteien noch nicht gewillt, den Sozialdemokraten ein solches Manöver zu ermöglichen. Demokraten und Zentrum, die einen Teil ihres Anhanges ebenfalls in dem Lager der dem Panzerkreuzerbau entgegenstehenden Massen haben, denken nicht daran, den Sozialdemokraten die agitatorische Geste so billig zu gestatten, die auf Kosten des Anhanges dieser Parteien gemacht werden sollen. Die Deutsche Volkspartei, die sowohl im Reich wie in Preußen die ausschlaggebende Partei für die Koalition darstellt, ist aus Gründen der offenen Durchführung der Aufrüstung des neudeutschen Imperialismus und aus Prestige Gründen nicht bereit, ihren Koalitionspartnern das Manöver so einfach zu machen. Auch denkt die Volkspartei, die Partei des Schwerkapitals, gar nicht daran, mit einem so billigen Manöver der SPD eine weitere Stärkung dieser Partei zu verschaffen. Die Imperialisten sind selbstverständlich gewillt, jede Gelegenheit zu benutzen, selber eine stärkere Position zu bekommen.

Die Deutsche Volkspartei hat auf den 1. November eine Sitzung des Parteivorstandes nach Heidelberg einberufen. Den Vorsitz bei den Verhandlungen soll Dr. Stresemann führen. Die bevorstehenden Koalitionsverhandlungen werden in dieser Sitzung eine große Rolle spielen. Dabei wird die Panzerkreuzerfrage sicherlich eine ausschlaggebende Frage sein. Der Vorsitzende der Reichs-

tagskammer der Deutschen Volkspartei hat am Donnerstag in Königsberg in einer öffentlichen Versammlung die Forderung der Deutschen Volkspartei für die Große Koalition angekündigt. Als erste Bedingung wird die Bildung der Großen Koalition in Preußen gefordert, 2. die Frage des Verfassungstages gestellt, wo die Sozialdemokraten bekanntlich den 1. August als Feiertag verlangen, die Volkspartei aber den Tag der Reichsgründung, den 18. Januar, fordern, 3. die Panzerkreuzerfrage. Dr. Scholz fordert ganz klar den Bau des Panzerkreuzers und stellt dabei auch schon die Aufgaben dieses neuen Kriegsschiffes fest. Er erklärt nach dem Dresdener Anzeiger:

Der Panzerkreuzer habe für Ostpreußen eine besondere Bedeutung, daher in erster Linie dazu bestimmt sei, im Falle einer kriegsähnlichen Verwicklung im Osten den Verkehr zwischen dem abgesetzten Ostpreußen und dem Mutterlande zu sichern. Die Haltung der Volkspartei in dieser Frage werde sich in keinem Falle ändern.

Das ist die ganz offene Feststellung, daß das Panzerkreuzer A zum Kampfe gegen Sowjetrußland gebaut wird.

Dr. Scholz erklärt, daß von diesen drei Fragen die Bildung der Großen Koalition sehr stark abhängt. Hinzu kommt aber noch, daß über die Frage der steuerlichen Belastung von der Volkspartei ebenfalls Forderungen aufgestellt werden. Der volksparteiliche Fraktionsführer erklärt in Königsberg, jedoch seien große steuerliche Projekte angekündigt worden. Die Sozialdemokraten wollen den Mittelstand belasten, die Volkspartei aber werde sich dagegen wenden. Aus der diplomatischen Rede von Dr. Scholz und in jedem Arbeiter verständliches Deutsch überleitet, heißt das, die Schwerindustriellen werden sich mit aller Entschiedenheit gegen jede Belastung der Kapitalisten und verlangen weitestgehende Belastung der Arbeiter. In derselben Versammlung forderte Dr. Scholz die Einführung des Konfiskations in Preußen und die Durchführung eines reaktionären Reichsschulgesetzes.

Der Regierungslauf der Großen Koalition ist damit schon festgelegt. Die Sozialdemokraten werden ganz selbstverständlich diesen reaktionären Kurs mitmachen.

Wie das Sächsische Volksblatt mitteilt, haben in Berlin Besprechungen zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten über die Koalitionsbildung stattgefunden; bisher mit negativem Erfolg. Die Hauptdifferenzfrage spielt dabei das sozialdemokratische Manöver. Die sozialdemokratischen Arbeiterbetrüger befinden sich in der Klemme. Das geht aus der offiziellen sozialdemokratischen

Der Streik greift auf Bremen über

Niederträchtige Verleumdungen und Frevlhandlungen durch die SPD-Presse

Berlin, 27. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Am Donnerstag abend beschloß eine Hafenarbeiterversammlung in Bremen nach einem Referat eines Vertreter der streikenden Hamburger Arbeiter, sich dem Kampfe anzuschließen.

Entgegen den Meldungen der bürgerlichen Telegrafent-Agentur, daß in Bremen die Arbeit am gestrigen Tage jedoch voll aufgenommen worden sei, erfahren wir aus Bremen, daß das keineswegs der Fall ist. Von den unständigen Arbeitern hat keiner die Arbeit aufgenommen, und auch die händigen Arbeiter sind fest zum Kampf entschlossen.

Im Hamburger Streik ist die Kampffront unerschüttert. Der Volkseifer hat eine ungeheure Erbitterung bei den Werks- und Hafenarbeitern ausgelöst.

Die Niedertracht der SPD-Presse zeigt der Vorwärts, indem er in einem „eigenen Bericht“ schreibt: „Von 1600

im Hafen beschäftigten Personen gehen 1300 bis 1400 der Arbeit nach. Das wären im ganzen 200 bis 300 Streikende.“ (1) In Wirklichkeit sind im Hafen etwa 15 000 Beschäftigte, von denen die Übergroße Mehrzahl im Streik steht.

Jeder kann diesen Schwindel mit den Fingern greifen. Tatsache ist, daß trotz Polizeiterror und Streikbrecher, trotz Hege der SPD die Hamburger Hafenarbeiter im Kampfe stehen und nicht durch Lügen und Polizeigewalt, sondern nur durch Erfüllung ihrer Forderungen zur Wiederaufnahme der Arbeit gebracht werden können.

SPD-Blätter brandmarken Hamburger Koalitionsterror

„Sächsisches Volksblatt“ und „Volkszeitung für das Vogtland“ gegen das Verbot der „Hamburger Volkszeitung“

Die terroristische Diktatur des Hamburger Koalitionsterror hat so ungeheuerliche Ausmaße angenommen, daß selbst ein Teil der „Linken“ SPD-Presse nicht umhin kann, die Koalitionsmethoden der Sozialdemokraten Schönleber, Berner, Krause und Praterich abzuleugnen. So schreibt die „Volkszeitung für das Vogtland“ zum Verbot eines Hamburger Bruderblattes:

„Dah eine Regierung an der Sozialdemokraten beteiligt sind, ist gegen unverantwortliche kommunistische Schereien nicht anders zu helfen, als durch ein Zeitungsverbot, das höchstens neue Sympathien für die Kommunisten weckt, ist tief bedauerlich.“

Esbenio äußert sich das sozialdemokratische „Sächsische Volksblatt“ (Weiden):

„Wir bedauern dieses Verbot, weil wir grundsätzlich der Meinung sind, daß die Pressefreiheit zum obersten Rechtsgut der Demokratie gehört. Mag das kommunistische Blatt geschrieben haben, wie es wollte; es gibt genügend andere Mittel, den Anforderungen der bürgerlichen Ordnung Geltung zu verschaffen. Wenn jetzt die Hamburger Koalitionsterroristen noch größere Ausmaße annehmen sollten, so wird man mit Recht die Ausschaltung ihres Organs dafür mitverantwortlich machen müssen. Das Verbot beweist erneut die Notwendigkeit schleunigster Regelung der Dinge um den 8. 48 der Verfassung.“

Zwar sind sich die „Linken“, wie die obigen Äußerungen beweisen, mit den Rechten in der SPD absolut einsig im Kampf zur Vernichtung der kommunistischen Partei und ihrer Presse, deren vornehmste Aufgabe die Unterdrückung aller Arbeiterkämpfe wurde. Aber die Minister, Volksrepräsentanten und Senatoren der SPD rennen in diesem Kampf so sehr alle Grundzüge ihrer eigenen bürgerlichen Demokratie, und in diesem Falle besonders die Weimarer Verfassung, der die Freiheit der Meinungsäußerung in Wort, Schrift, Druck und Bild“ gewährt, über den Haufen, daß sogar SPD-Zeitungen unter dem Einfluß der Empörung in der sozialdemokratischen Mitgliedschaft die weisheitlichen Methoden der hamburgischen Koalitionsterroristen brandmarken müssen.

Schweres Unglück eines Expres-Zuges

100 Opfer — Bisher 31 Opfer geborgen

Belgrad, 26. Oktober. (Telunion.)

In der Nacht zum Freitag ereignete sich auf der Eisenbahnstrecke Bukarest—Craiova ein furchtbares Eisenbahnunglück. Der am Abend aus Bukarest abgegangene Simplon-Orient-Expres blieb bei Netzia auf einen Personenzug auf. Da beide Züge in voller Geschwindigkeit fuhren, war der Anprall furchtbar. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf über 100 geschätzt. Am meisten litt der Schlafwagen Bukarest—Paris, der vollständig zerstört wurde. Die darin befindlichen Passagiere sind alle tot.

Nach den eingetroffenen Berichten bietet die Unglücksstätte ein wüstes Bild der Zerstörung. Sanitätsmannschaften und Hilfszüge wurden herangezogen, doch konnten trotz anstrengender Arbeit noch nicht alle Toten und Verletzten unter den Waggons herausgehoben werden. Mehrere Waggons sind vollständig zerstört. Die Eisenbahnlinie ist 150 Kilometer lang unfahrbar gemacht, so daß die nachkommenden Züge nur mit großer Vorsicht einreisen. Aus Bukarest und Craiova sind mehrere Sanitätszüge abgefahren. Die bisherige Untersuchung hat ergeben, daß der Zusammenstoß durch falsche Weichenstellung entstanden ist.

Hilfe erst nach 2 Stunden

Erst am Freitag nachmittag wurden hier nähere Nachrichten über das schwere Eisenbahnunglück bekannt. Der aus Hermannstadt kommende Schnellzug und der Simplon-Orient-Expres hätten sich in der Station Rocca kreuzen sollen. Das Vorliegen

einer falschen Weichenstellung hat sich bestätigt. Dem Umstande, daß der Schnellzug aus Hermannstadt bergauf fuhr und infolgedessen keine große Geschwindigkeit hatte, ist es zu danken, daß die Folgen des Zusammenstoßes nicht noch furchtbarer waren. Nach den bisher in Bukarest vorliegenden Meldungen wurden 27 Reisende getötet und 45 verletzt. Einer der Verletzten ist bald nach dem Unglück verstorben. Hundert Schwerverletzte schweben in Lebensgefahr. Die meisten Toten hatte der Hermannstädter Schnellzug, darunter viele eingezogene freiwillige Soldaten. Die Bergungsarbeiten, die von zwei Kompanien Eisenbahntruppen ausgeführt werden, sind noch nicht beendet. Abwechselnd, daß in der Station Rocca sonderbarerweise kein Personal zu finden war, als sich das Unglück ereignete. Glücklicherweise habe ein Nachzug des Expreszuges das Mordekalphabet gekannt und konnte telegraphisch um Hilfe rufen. Zwei Stunden später seien erst die Rettungsmannschaften eingetroffen.

Nach Meldungen der Abendpresse aus Bukarest konnten bisher an der Unglücksstätte des Simplon-Orient-Expres-Zuges 31 Todeskörper geborgen werden. 25 Verwundete wurden nach dem Krankenhaus in Statina gebracht. 27 der Opfer sind rumänischer Nationalität. Unter den Opfern befindet sich auch ein griechischer Staatsangehöriger. Zur Zeit ist man eifrig an der Arbeit, die Strecke wieder frei zu bekommen. Nach einem Schlafwagen des Simplon-Expres wurden zwei Erste-Klasse-Waggons des Schnellzuges, der Gepäck- und der Postwagen zerstört. Der Simplon-Orient-Expres ist ein Luxuszug. Er verkehrt wöchentlich dreimal von Konstantinopel über Bukarest—Triest—Venedig—Mailand nach Paris, von wo aus die Fahrpläne Anschluss nach London haben. Er besteht ausschließlich aus Schlafwagen erster Klasse.